

**Niederschrift
über die 16. Sitzung des Sozial-, Schul-, Kultur- und Sportausschusses am 10.02.2026**

Sitzungsort/-zeit: Rathaus, Schloßfreiheit 12, Ratssaal
17:00 Uhr – 17:55 Uhr

Bürgermeister
Andreas Dittmann

Vorsitzender
Bernd Adolph

AfD-Fraktion
Cornelia Hesse

Fraktion BSO
Sven Schnabel
Sebastian Willems

CDU-Fraktion
Marian Konratt

Vertretung für Stadträtin Andrea Solbrig

Fraktion SPD/WLS/Grüne
Günter Benke
Bernd Wesenberg

Fraktion DIE LINKE.
Eve Kienast

Von der Verwaltung :
Juliane Bruder
Jan Hädrich
Christian Prinz

Vertretung für Gerit Berzau

Protokollantin
Madlen Hennig

Nicht anwesend sind:

FFZ-Fraktion
Eduard Hahn
Anika Johannes

entschuldigt

CDU-Fraktion
Andrea Solbrig

vertreten durch Stadtrat Marian Konratt

Von der Verwaltung :
Gerit Berzau
Eric Metzker

entschuldigt
entschuldigt

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Ausschusses, Bernd Adolph, eröffnet die 16. Sitzung des Sozial-, Schul-, Kultur- und Sportausschusses und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung fest. Mit 8 von 10 anwesenden Stadträten ist die Beschlussfähigkeit gegeben.

TOP 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Es liegen keine Änderungsanträge vor.
Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

TOP 3 Einwohnerfragestunde

Es sind keine Einwohner anwesend. Der Tagesordnungspunkt wird geschlossen.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift der 15. Sitzung des Sozial-, Schul-, Kultur- und Sportausschusses am 09.12.2025

Die Niederschrift der 15. Sitzung des Sozial-, Schul-, Kultur- und Sportausschusses wird mit folgendem Ergebnis befürwortet:

Ja 7 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 5 Mitteilungen

Jan Hädrich erläutert in diesem Tagesordnungspunkt den Entwurf zur Förderrichtlinie für Vereine. Er weist darauf hin, dass zunächst die Inhalte und Eckpunkte zu klären sind. Ziel ist es, im März einen Stadtratsbeschluss herbeizuführen, um die Richtlinie zur Bezuschussung und Vereinsförderung auf den Weg zu bringen.

Jan Hädrich erinnert daran, dass am 11. Dezember 2024 der Beschluss gefasst wurde, die Ortschaftsratsmittel von 6,50 Euro auf 7 Euro zu erhöhen und 10.000 Euro für die Förderung von Vereinen in der Kernstadt bereitstellen. Diese Mittel seien für das Jahr 2025 vorgesehen gewesen, jedoch sei die Richtlinie nicht erstellt worden. Die Mittel sind weiterhin verfügbar, sodass für 2026 ein Haushaltsansatz von 20.000 Euro zur Verfügung stehe. Ziel sei es, eine klare und möglichst unbürokratische Regelung zu schaffen.

Der Entwurf dieser Kulturförderrichtlinie ist diesem Protokoll beigelegt.

Jan Hädrich führt aus, dass der Verwendungszweck möglichst breit gefasst werden solle, um verschiedene Bereiche wie Kultur, Soziales, Freizeit, Sport, Heimat und Denkmalpflege einzubeziehen. Die Förderung solle sich auf Projekte und Veranstaltungen im Kernstadtbereich beschränken, die zeitlich begrenzt und klar definiert seien. Antragsteller seien verpflichtet, möglichst weitere Fördermittel einzuwerben, jedoch werde dies nicht zur

Bedingung gemacht. Es bestehe kein Rechtsanspruch auf die Förderung, da der Ausschuss über die Vergabe entscheide. Antragsberechtigt seien vorrangig gemeinnützige Vereine, jedoch solle eine Öffnungsklausel auch Vereinigungen oder Einzelpersonen einbeziehen, sofern ein städtisches Interesse erkennbar sei.

Bürgermeister Andreas Dittmann ergänzt, dass auch nichtgemeinnützige Akteure, wie beispielsweise der Weihnachtsmarktverein, förderfähig sein sollten, da diese ebenfalls Veranstaltungen mit städtischem Interesse organisieren.

Jan Hädrich ergänzt, dass interne Vereinszwecke wie Büromaterial, Speisen, Getränke oder interne Feste nicht förderfähig sind. Auch laufende Betriebskosten seien ausgeschlossen, da die Förderung projektbezogen erfolgen solle. Die maximale Förderquote solle bei bis zu 70 Prozent liegen, wobei ein Eigenanteil von 30 Prozent erforderlich sei. Der Ausschuss könne die Quote jedoch absenken, um mehr Projekte fördern zu können.

Zum Verfahren erklärt Jan Hädrich, dass Anträge schriftlich oder elektronisch mit einer Projektskizze, einer Beschreibung, einem Zeitrahmen sowie einem Kosten- und Finanzierungsplan einzureichen seien. Ein schlankes Formularwesen solle die Antragstellung erleichtern. Für das Jahr 2026 sei ein zweimonatiges Zeitfenster für die Antragstellung vorgesehen, um eine rechtzeitige Entscheidung und Umsetzung der Projekte zu ermöglichen. Für Folgejahre solle die Antragstellung bis zum 31. Dezember des Vorjahres erfolgen. Es könnten nur Maßnahmen gefördert werden, die noch nicht begonnen worden seien. In Ausnahmefällen sei ein Antrag auf vorzeitigen Maßnahmenbeginn möglich.

Jan Hädrich führt weiter aus, dass die Abteilung im Büro des Bürgermeisters für die Antragstellung, Mittelabforderung und Nachweisführung zuständig sei. Nach Abschluss der Maßnahme sei innerhalb von drei Monaten ein Sachbericht sowie ein zahlenmäßiger Nachweis einzureichen. Auf eine Belegvorlage solle grundsätzlich verzichtet werden, jedoch könnten Belege bei Bedarf angefordert werden. Bei zweckwidriger Verwendung oder unrichtigen Angaben behalte sich die Stadt vor, die Mittel zurückzufordern.

Stadtrat Willems fragt, ob die Auszahlung der Mittel erst nach Abschluss der Maßnahme erfolge.

Bürgermeister Andreas Dittmann stellt klar, dass die Auszahlung nach der Bewilligung erfolge, um das Ehrenamt nicht zu belasten.

Bürgermeister Andreas Dittmann weist darauf hin, dass es derzeit keine Regelung zur Auszahlung von Fördermitteln gebe. Er schlägt vor, die Formulierung dahingehend zu präzisieren, dass die Bewilligung und Auszahlung nach Entscheidung des Kultur-, Sozial-, Schul-, Kultur- und Sportausschusses erfolge. Dies solle sicherstellen, dass keine Vorfinanzierung durch die Antragsteller erforderlich sei. Er betont, dass dies ohne die Schaffung eines übermäßigen bürokratischen Aufwands umgesetzt werden solle.

Stadtrat Willems erkundigt sich, was mit nicht ausgeschöpften Fördermitteln am Ende des Jahres geschehe. Er fragt, ob diese ins nächste Jahr übertragen werden könnten, um größere Projekte zu ermöglichen, oder ob sie in den Haushalt zurückfließen würden

Jan Hädrich erläutert, dass die derzeitige rechtliche Regelung eine haushaltsrechtliche Übertragung nicht vorsehe, da die Mittel auf das jeweilige Jahr begrenzt seien. Er regt jedoch an, zu prüfen, ob eine Übertragung möglich gemacht werden könne, insbesondere für Fälle, in denen kleinere Beträge übrig bleiben oder Projekte kurzfristig scheitern.

Bürgermeister Andreas Dittmann verweist auf den Präzedenzfall, bei dem Ortschaften die Möglichkeit eingeräumt wurde, nicht ausgeschöpfte Verfügungsmittel ins nächste Jahr zu übertragen. Diese Mittel dienten ebenfalls der Vereinsförderung, weshalb eine ähnliche Regelung für das aktuelle Budget als fair angesehen werden könne. Er merkt an, dass die Wahrscheinlichkeit, dass die gesamten 10.000 Euro pro Jahr nicht ausgeschöpft würden, gering sei. Dennoch könnten Überhänge entstehen, beispielsweise wenn bewilligte Maßnahmen nicht durchgeführt und Mittel zurückgezahlt würden. Er spricht sich dafür aus, diese Mittel weiterhin der Vereinsförderung zur Verfügung zu stellen, jedoch mit der Einschränkung, dass Übertragungen nur für ein Jahr erfolgen sollten, um keine Haushaltsreste anzuhäufen.

Jan Hädrich schlägt vor, für die Haushaltsplanung des Jahres 2027 einen Übertragungsvermerk an der entsprechenden Position einzufügen. Dies würde eine automatische Übertragung ermöglichen, ohne dass ein Einzelbeschluss des Stadtrats erforderlich sei. Er begrüßt den Hinweis und sieht darin eine sinnvolle Ergänzung.

Bürgermeister Andreas Dittmann weist abschließend darauf hin, dass die Unterlagen digital zur Verfügung gestellt wurden und Änderungsanträge im laufenden Prozess eingebracht werden könnten. Die Beschlussfassung sei für März vorgesehen.

Jan Hädrich ergänzt, dass die Änderungen im Vorfeld der Ausschusssitzung eingearbeitet und abschließend abgestimmt werden könnten, um eine erneute Diskussion in der nächsten Sitzung zu vermeiden.

Bürgermeister Andreas Dittmann erläutert, dass das Kulturamt dem zuständigen Ausschuss eine vollständige Liste der Anträge vorlegen werde. Diese Liste solle eine Bewertung sowie eine Vorschlagsbewertung enthalten. Er betont, dass die Anzahl der gestellten Anträge durch einen Verein nicht als maßgebliches Kriterium für die Bewertung herangezogen werden solle. Vereine, die viele Projekte durchführen, sollten nicht benachteiligt werden.

Stadtrat Konratt ergänzt, dass es auch größere Hauptvereine gebe, die über verschiedene Sektionen verfügen.

Bürgermeister Andreas Dittmann stimmt zu und hebt hervor, dass der Ausschuss letztlich eine fundierte Entscheidung treffen müsse, insbesondere wenn die beantragten Mittel die zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen übersteigen. Er nennt als Beispiel, dass Anträge in Höhe von 30.000 Euro vorliegen könnten, während lediglich 10.000 Euro zur Verfügung stünden. In einem solchen Fall werde das Kulturamt eine Bewertung vornehmen und dem Ausschuss einen Vorschlag unterbreiten. Die endgültige Entscheidung liege jedoch im Ermessen des Ausschusses.

Der Vorsitzende des Ausschusses, Bernd Adolph, stellt abschließend fest, dass der Ausschuss einstimmig mit der Vorgehensweise einverstanden sei.

Bürgermeister Andreas Dittmann informiert, dass die Verwaltung eine Mitteilung zur Zukunft des Umweltzentrums Ronney zu machen habe. Er erinnert daran, dass im vergangenen Jahr erhebliche Sorgen bestanden hätten, ob das Umweltzentrum das Jahr 2025 überstehen würde, da es für 2025 keine Landesförderung gab und dadurch die Zukunft des Zentrums ungewiss gewesen sei. Er teilt mit, dass in der vergangenen Woche der Bewilligungsbescheid des Landes Sachsen-Anhalt für das Förderjahr 2026 erteilt worden sei. Dies bedeute, dass das gemeinsam verfolgte Ziel, mithilfe eines städtischen Zuschusses eine Überbrückung zu schaffen, um anschließend ein neues Antragsverfahren einzuleiten, erfolgreich umgesetzt worden sei. Der Betrieb des Umweltzentrums sei somit 2026 ohne einen weiteren Zuschuss der Stadt gesichert.

Der Vorsitzende des Ausschusses, Bernd Adolph, bedankt sich für die Mitteilung und äußert sich positiv zu den Neuigkeiten.

TOP 5.1 Stand der 61. Zerbster Kulturfesttage

Juliane Bruder informiert, dass die 61. Zerbster Kulturfesttage erfolgreich angelaufen sind. Die Vernissage für die Werke von Frau Gilland im Rathaus, die am 13.01.26 stattfinden sollte, muss krankheitsbedingt verschoben werden. Neuer Termin ist Samstag, der 07.03.2026. Die Veranstaltung in der Stadthalle am 21.02.26 "Ewig dein Mozart. Ein Rosenheim-Cop mal anders..." ist bereits ausverkauft.

Juliane Bruder hebt hervor, dass die Bibliothek, das Archiv sowie das bunte Angebot aus Kunst, Veranstaltungen, Lesungen und Vorträgen für jeden Interessierten etwas bereithält.

Der Vorsitzende des Ausschusses, Bernd Adolph, weist noch einmal auf die Eröffnungsveranstaltung am Samstag in der Aula des Francisceums mit dem "Songland Trio" hin. Beginn 14Uhr.

Juliane Bruder hebt die Vernissage am Freitag hervor mit der Personalausstellung von Gerlach Bente. Beginn 18Uhr.

TOP 6 Anfragen, Anträge und Anregungen

Stadtrat Benke erinnert daran, dass vor einigen Jahren eine Stelle für eine Jugendclubleitung ausgeschrieben worden sei, jedoch ohne Erfolg. Er verweist darauf, dass in Gommern ein Streetworker eingeführt worden sei, und regt an, eine ähnliche Stelle auch für Zerbst auszuschreiben. Zudem erwähnt er ein Objekt in der Fritz-Brandt-Straße beziehungsweise Jeverschen Straße, das möglicherweise für weitere Maßnahmen genutzt werden könnte. Er schlägt vor, zu prüfen, ob ein Streetworker oder eine Streetworkerin dort tätig werden könnte, da es in der Umgebung verschiedene Problembereiche gebe.

Bürgermeister Andreas Dittmann erläutert, dass die bisherigen Ausschreibungen für die Stadtjugendpflege, die auch Streetworking umfassen, bereits mehrfach ohne Erfolg durchgeführt worden seien. Er betont, dass die Stelle weiterhin vakant sei und Initiativbewerbungen jederzeit willkommen sind. Er erklärt, dass das Objekt in der Jeverschen Straße per Ratsbeschluss als

Jugendeinrichtung entwidmet worden sei, jedoch weiterhin von Musikern mit unterschiedlichen künstlerischen Ansprüchen genutzt werde. Er führt aus, dass die Hauptaufgabe eines Streetworkers darin bestünde, Problembereiche aufzusuchen und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Die Anbindung an die Stadtjugendpflege sei dabei vorgesehen. Er zeigt sich offen dafür, die Ausschreibung erneut durchzuführen, um mögliche Interessenten zu gewinnen. Er verweist auf die Notwendigkeit, langfristig eine Weiterentwicklung der Personalstruktur im Blick zu behalten.

Stadtrat Wesenberg thematisiert die Schwierigkeiten bei der Besetzung von Stellen und fragt nach den Gründen, warum sich keine geeigneten Bewerberinnen oder Bewerber finden ließen.

Bürgermeister Andreas Dittmann führt dies auf die derzeitige Arbeitsmarktsituation zurück, in der qualifizierte Fachkräfte sich ihre Arbeitsstellen aussuchen könnten. Er verweist auf eine Diskussion im Kreistag, bei der die Personalverwaltung des Landkreises eingeschätzt habe, dass künftig nur jede zweite freiwerdende Stelle nachbesetzt werden könne. Dies sei auf den Fachkräftemangel zurückzuführen, der sich nicht nur im Handwerk und in der Industrie, sondern auch in der öffentlichen Verwaltung bemerkbar mache. Er hebt hervor, dass die Stadt bislang Glück gehabt habe, nahezu alle Stellen besetzen zu können, warnt jedoch, dass dies in Zukunft nicht garantiert sei. Insbesondere durch das Ausscheiden der sogenannten „Babyboomer-Generation“ in den Ruhestand werde sich die Situation weiter verschärfen. Daher sei es notwendig, die zukünftige Struktur der Verwaltung zu überdenken, um die Erfüllung der Aufgaben sicherzustellen.

Stadtrat Benke erinnert daran, dass bereits mehrere Vorschläge für den Tagungsort des Ausschusses eingereicht worden seien.

In den nächsten Monaten tagt der Schul-, Sozial-, Kultur- und Sportausschuss wie folgt:

März : Pflegeeinrichtung Willi Wegener
April: Grundschule Dobritz
Mai: Grundschule An der Stadtmauer / Hort

Stadtrat Benke erinnert daran, das Kindertraining des HSV zu besuchen, um einen Eindruck von den Abläufen vor Ort zu gewinnen.

In der Presse wird regelmäßig über den Handball und die Trainer berichtet, sowohl in positiver als auch in negativer Hinsicht. Er schlägt vor, sich mit der Situation vor Ort zu befassen, um einen besseren Einblick in die Abläufe zu erhalten und die Berichterstattung besser einordnen zu können.

Stadtrat Benke erkundigt sich nach dem aktuellen Stand der Sperrung des Durchgangs an der Martin-Luther-Promenade in der Nähe einer Grundschule An der Stadtmauer, was eine erhebliche Umgehung für Fußgänger und Radfahrer erfordert.

Jan Hädrich erläutert, dass die Sperrung des Durchgangs weniger ein Problem für die Kinder, sondern vielmehr für den allgemeinen Besucherverkehr und Begegnungsverkehr darstelle. Es habe sich gezeigt, dass auch Radfahrer den Durchgang nutzten, wodurch Kinder gefährdet worden seien. Aus diesem Grund besteht die Schulleitung auf eine Sperrung. Während der Ferien war der Durchgang vorübergehend geöffnet. Solange der Schulhof nicht freigegeben ist, ist die Sperrung des Durchgangs unumgänglich..

Bernd Adolph
Ausschussvorsitzender

Madlen Hennig
Schriftführerin